

Beratung der Konsolidierung 2021

Nr.	Betreff	Beschlussvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses	Stellungnahme/Anträge Fraktionen/Gruppierungen
1	Kindergartengebühren	Die Kindergartengebühren werden zum nächsten Kindergartenjahr erhöht. Die Verwaltung arbeitet einen Beschlussvorschlag aus.	Die Kindergartengebühren sollen zum nächsten Kindergartenjahr erhöht werden. Die Verwaltung arbeitet einen Beschlussvorschlag aus, der dem Gemeinderat zugeleitet wird. [8 Ja – 4 Nein – 0 Enthaltungen]	SPD: keine Zustimmung FWV: KiGa-Gebühren Erhöhung max. 10 % BVT: keine Zustimmung UB/ÖDP: Überprüfung württembergisches Modell bzw. Erhöhung um max. 15 %
2	Gebühren für die Ferienbetreuung	Die Gebühren für die Ferienbetreuung werden erhöht. Die Verwaltung arbeitet einen Beschlussvorschlag aus.	Die Gebühren für die Ferienbetreuung werden erhöht. Die Verwaltung arbeitet einen Beschlussvorschlag aus. [9 Ja – 2 Nein – 1 Enthaltung]	UB/ÖDP: Erhöhung in 2 Schritten (2021 75 %, 2022: 15 %)
3	Mieterhöhung für gemeindeeigene Wohnungen	Die Mieten in den gemeindeeigenen Wohnungen werden zum 01.07.2021 um maximal 15 % erhöht, Lage und Ausstattung der Wohnung werden entsprechend berücksichtigt. Die Verwaltung wird ermächtigt, künftig den Mietzins an den aktuellen ortsüblichen Mietpreis, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben, anzupassen.	Der Antrag von Gemeinderat Fischer, die Mieten bei Kostenübernahme durch den Jobcenter um 20 % und für die restlichen Wohnungen um 10 % zu erhöhen, wurde mehrheitlich abgelehnt. [1 Ja – 9 Nein – 2 Enthaltungen] Danach hat der Verwaltungsausschuss mehrheitlich vorgeschlagen, die Mieten in den gemeindeeigenen Wohnungen zum 01.07.2021 um maximal 15 % zu erhöhen; Lage und Ausstattung der Wohnung werden entsprechend berücksichtigt. [7 Ja – 4 Nein – 1 Enthaltung] Über den Antrag der CDU- und der FWV-Fraktion, die Mieten um 10 % zu erhöhen, wurde daraufhin nicht mehr abgestimmt. Des Weiteren hat der Verwaltungsausschuss eine Ermächtigung der Verwaltung, künftig den Mietzins an den aktuellen ortsüblichen Mietpreis unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben anzupassen, mehrheitlich abgelehnt. [4 Ja – 5 Nein – 2 Enthaltungen]	SPD: Grundsätzlich lieber, Erhöhungen zu verschieben auf eine Zeit, die für Bürger/innen nicht so ungewiss ist. FWV: Erhöhung gerechtfertigt. Anhebung für sanierte Wohnungen auf 6,58 €. Vorschlag: Einführung Staffelmiete. Jeweilige Anhebung sollte 10 % nicht überschreiten. CDU: Erhöhung 7,5 %; Erarbeitung Konzept; Mietprüfung nach erfolgten Sanierungen; mittelfristige Prüfung auf Ausgliederung; Mieteinnahmen den Bewirtschaftungskosten gegenüberstellen. UB/ÖDP: Zustimmung

Beratung der Konsolidierung 2021

Nr.	Betreff	Beschlussvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses	Stellungnahme/Anträge Fraktionen/Gruppierungen
4	Pacht	Die in den Pachtverträgen beinhaltete Anpassungsklausel bei Steigerung des Preisindex um 10 % wird umgesetzt. Bei Neuverpachtungen wird ein Pachtpreis von 1,70 € bis 2,30 € festgesetzt.	Die in den Pachtverträgen beinhaltete Anpassungsklausel bei Steigerung des Preisindex um 10 % wird umgesetzt. Bei Neuverpachtungen wird ein Pachtpreis von 1,70 bis 2,30 EUR festgesetzt. [8 Ja – 0 Nein – 0 Enthaltungen] Die Gemeinderäte Gasser, Hügler, Schmidt und Trautmann haben bei der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Verhandlungsgegenstand wegen Befangenheit nicht mitgewirkt und das Sitzungszimmer entsprechend den Bestimmungen der GemO verlassen.	FWV: Zustimmung zu 10 % UB/ÖDP: Zustimmung
5	Erhöhung der Nutzungsentschädigung für Flüchtlings- und Obdachlosenunterkünfte	Die Nutzungsentschädigung in den Unterkünften für Flüchtlinge und Obdachlose wird zum 01.03.2021 wie folgt erhöht: Erwachsene: 130 € auf 150 €/Monat Kinder und Schwerbehinderte: 70 € auf 90 €/Monat	Die Nutzungsentschädigung in den Unterkünften für Flüchtlinge und Obdachlose wird zum 01.03.2021 wie folgt erhöht: Erwachsene: 130 € auf 150 €/Monat Kinder und Schwerbehinderte: 70 € auf 90 €/Monat [10 Ja – 0 Nein – 0 Enthaltungen] Die Gemeinderäte Heß und Hügler waren bei der Beschlussfassung nicht anwesend.	UB/ÖDP: Zustimmung
6	Grundsteuer A und B	Die Grundsteuer wird zum 01.01.2021 wie folgt erhöht: Grundsteuer A: 320 v.H. auf 340 v.H. Grundsteuer B: 350 v.H. auf 370 v.H.	Die Grundsteuer wird zum 01.01.2021 wie folgt erhöht: Grundsteuer A: 320 v.H. auf 340 v.H. Grundsteuer B: 350 v.H. auf 370 v.H. [7 Ja – 4 Nein – 1 Enthaltung]	SPD: Überprüfung der Auswirkungen der Novellierung BVT: Novellierung abwarten FWV: Zustimmung UB/ÖDP: Zustimmung
7	Hundesteuer	Die Hundesteuer wird zum 01.01.2022 wie folgt erhöht: 1. Hund: 100 € auf 120 € 2. Hund: 200 € auf 240 €	Die Hundesteuer wird zum 01.01.2022 wie folgt erhöht: 1. Hund: 100 € auf 120 € 2. Hund: 200 € auf 240 € [12 Ja – 0 Nein – 0 Enthaltungen]	FWV: Zustimmung mit Hinweis auf Ausstattung-Erhöhung (Hundeabfallbeutel u. Eimer) u. Bezahlungsmentalität der Hundebesitzer UB/ÖDP: Zustimmung
8	Friedhofsgebühren	Die Friedhofsgebühren werden erhöht. Die Verwaltung arbeitet einen Beschlussvorschlag aus.	Die Friedhofsgebühren werden erhöht. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Beschlussvorschlag auszuarbeiten. [10 Ja – 1 Nein – 1 Enthaltung]	FWV: Zustimmung UB/ÖDP: Zustimmung Erhöhung um 200 €, keine Erhöhung für Kindergräber

Beratung der Konsolidierung 2021

Nr.	Betreff	Beschlussvorschlag der Verwaltung	Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses	Stellungnahme/Anträge Fraktionen/Gruppierungen
9	Verwaltungsgebühren	Die Verwaltungsgebühren werden zum 01.07.2021 erhöht. Die Verwaltung wird die Gebührensatzung im März zur Beschlussfassung vorlegen.	Kenntnisnahme.	SPD: Erhöhung um 100 % bei Kirchenaustritt u. Bestattungsbescheinigungen kann nicht mitgetragen werden. FWV: Zustimmung zur Erhöhung auf Mitte des Jahres UB/ÖDP: Zustimmung zur Erhöhung ab 01.07.2021
10	Schließung der Verwaltungsstellen Köndringen und Nimburg sowie Verringerung der Öffnungszeiten des Ortschaftsamts Heimbach	Die Verwaltungsstellen Köndringen und Nimburg sollen nicht mehr geöffnet werden. Die Öffnungszeiten des Ortschaftsamts Heimbach sollen reduziert werden. Die Entscheidung wird den Gremien im zweiten Quartal 2021 zur Beschlussfassung vorgelegt. Mit dem Ortschaftsamt Heimbach werden derzeit die Öffnungszeiten überprüft und ein Vorschlag erarbeitet.	Die Frage der Schließung der Verwaltungsstellen Köndringen und Nimburg sowie der Reduzierung der Öffnungszeiten des Ortschaftsamts Heimbach wird zur weiteren Beratung in den Verwaltungsausschuss verwiesen. [12 Ja – 0 Nein – 0 Enthaltungen]	SPD: öffentliche Diskussion und Bürgerbeteiligung FWV: Köndringen/Nimburg teilen auf je zwei halbe Tage; Reduzierung OA Heimbach BVT: Zustimmung zur Schließung UB/ÖDP: Zustimmung zur Schließung/Verringerung der Öffnungszeiten